



## VOGTLANDS SPD UND CDU KÜNDIGEN KOOPERATION AN

Nach der Ankündigung der vogtländischen CDU und der vogtländischen SPD stellt die Partei DIE LINKE Vogtland fest:

Die Wahlen zum Kreistag sind noch nicht allzu lange her und schon sind die guten Vorsätze der SPD vergessen. Genau wie im Bundestag oder im Landtag hat auch im Vogtlandkreis die SPD einen Wahlkampf gegen die CDU geführt. Verwirrend für die Wählerinnen und Wähler, die nun feststellen, dass die SPD sich auch im Vogtlandkreis als Steigbügelhalter der Christdemokraten anbietet.

„Der Vogtlandkreis steuert mit seiner aktuellen Haushaltslage auf große Herausforderungen zu. Schon jetzt zeichnet es sich ab, dass es die Schwächsten unserer Gesellschaft, z.B. die Kinder und Jugendhilfe treffen soll. Befremdlich, dass in dieser Situation die SPD freiwillig und ohne Zwang ins konservative Lager wechselt. DIE LINKE nimmt Ihren Oppositionsauftrag ernst und wird notfalls auch allein gegen die Kürzungen kämpfen.“ versichert die Kreisvorsitzende der LINKEN, MdL Janina Pfau.

<b>aus dem Inhalt:</b>	Das Chlorhühnchen ist das kleinste Problem.....	S. 2
	Nach der Landtagswahl.....	S. 3
	Kein Mindestlohn für Hartz IV Empfänger .....	S. 5
	Sächsische Justizposse.....	S. 6

**DIE LINKE.**

## SPARKASSEN ZUR SENKUNG VERPFLICHTEN!

Zinsen für Dispo- und Überziehungskredite in Sachsen sind immer noch zu hoch

Selbstverpflichtungen und Mahnungen zur fairen Zinsanpassung haben bis jetzt nur wenig erreicht. Immer noch müssen die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen zu hohe Zinsen für Dispo- und Überziehungskosten zahlen.

Der Zinssatz für Dispo- und Überziehungskredite muss gedeckelt werden, auf maximal 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Trotz fallenden Leitzinses haben die Banken die Zinssätze nicht verringert.

Für viele Bürgerinnen und Bürger, besonders im ländlichen Raum, bleibt meist keine große Auswahl. Sie haben ihr Geld bei der Bank, die in ihrer Nähe und einfach erreichbar ist. Sie können nicht, wie in großen Städten aus ein Vielzahl von unterschiedlichen Banken auswählen.

Online-Banken sind hier auch keine Alternative, besonders für ältere Menschen. Bei vielen Sparkassen in Sachsen liegt der Zinssatz über 10%, das ist nicht tragbar. Neben einer gesetzlichen Regelung durch den Bundestag müssen die sächsischen Sparkassen dazu verpflichtet werden, die Zinssätze zu senken.

*MdL Janina Pfau*

## DAS CHLORHÜHNCHEN

unser kleinstes Problem

Das Freihandelsabkommen TTIP sorgt europaweit für Aufregung. Was jedoch wirklich hinter diesem Abkommen steckt, lässt sich nur schwer sagen, werden die Verträge doch hinter verschlossenen Türen verhandelt. Als Vorläufer gilt das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA). Schon bei diesem wurde viel versprochen: bessere Arbeitsbedingungen, höhere Standards, mehr Arbeitsplätze. Das Gegenteil war der Fall. Vor allem in Mexiko verloren seitdem viele Kleinbauern ihre Existenz, es profitieren nur die Großkonzerne. Einen wagen Vorstellung, wie das Abkommen zwischen der EU und den USA aussehen könnte, bietet ein ähnlicher Vertrag zwischen den USA und Kanada. Das CETA-Abkommen gilt als Blaupause für TTIP. Dieser Geheimvertrag umfasst mehrere 1000 Seiten und kam nur durch die Internetplattform Wikileaks ans Licht. CETA bestätigt alle Befürchtungen, begonnen von der Absenkung von Umweltstandards, über die Vernichtung von Datenschutzstandards bis hin zur endgültigen Vernichtung des öffentlichen Eigentums.

Um bereits vor der Unterzeichnung des Vertrages über dessen möglichen Folgen zu warnen, führte die Landesgruppe Sachsen DIE LINKE im Bundestag am 23. Oktober eine Veranstaltung in der „Alten Feuerwache“ in Plauen durch. Die Bundestagsabgeordnete und stellv. Bundesvorsitzende Caren Lay informierte, im bis auf den letzten Platz gefüllten Raum, über TTIP.

„Der Anstoß zu diesem Abkommen kam von den Lobby-Verbänden. Was

wirklich hinter dem Abkommen steckt ist kompliziert. Ich glaube jedoch, dass Chlorhühnchen ist unser geringstes Problem. Während die Lobby einen exklusiven Zugang zu den Verhandlungen hat, sind die Parlamente und die Öffentlichkeit davon ausgeschlossen. Eine demokratische Mitbestimmung von unten ist nicht vorgesehen“ so Lay. Diese und weitere Fakten belegte sie mit vielen Argumenten, Fakten und Zahlen. Nach dieser Darstellung erläuterte Lay noch, wofür DIE LINKE steht und warum man TTIP nur ablehnen kann:

„Die große internationale Konkurrenz bringt kleine Unternehmer, Händler und letztendlich die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr. Allein schon die Idee, dass ein Apfel aus Neuseeland eingeflogen wird, ist mir fremd. Die regionalen Wirtschaftskreisläufe müssen gestärkt werden. In den USA sind bereits jetzt über 70 % aller Lebensmittel gentechnisch verändert. Aber nicht nur in der EU sind erkämpfte Standards gefährdet. In den USA herrscht ein sehr guter Verbraucherschutz, Konzerne müssen ihre Kunden über alle möglichen Gefahren der Produkte informieren. Auch dies wäre mit TTIP vorbei. Es geht also bei dem Kampf gegen TTIP nicht um USA gegen Europa, sondern um Konzerne gegen Bürgerinnen und Bürger.“

Bereits zwei Wochen zuvor hatte der Kreisverband der Partei DIE LINKE zusammen mit der „Bürgerplattform für demokratische Erneuerung e.V.“ und dem „Bürgerforum SOZIALKULTUR Plauen i.V.“ Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen gesammelt. Am Ende wurden rund 500 Unterschriften nach Berlin zur Plattform CAMPACT geschickt.

Dass solche Aktionen Erfolg haben können, haben in der Vergangenheit die Proteste gegen das „Anti-Piraterie-Abkommen“ ACTA und die Verträge zur Privatisierung des Wassers gezeigt. Beide Abkommen kamen nach massiven Bürgerprotesten nicht zu Stande. Um es mit Caren Lay's Worten zu sagen: „Wer sich nicht von der Wirtschaft dominieren lassen will, muss dagegen kämpfen!“

*Lars Legath -Plauen*



*Caren Lay bei Ihrem Vortrag in Plauen*

## WAHLSTRATEGIE UND WAHLERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL

Wir danken dem Landesvorstand für die Bereitstellung der vielen Materialien unterschiedlichster Intensionen zur Wahlauswertung. Wir werten das als Aufforderung zur Diskussion.

Wir fordern eine sachliche und ehrliche Auswertung des Wahlkampfes, der Wahlstrategie und der Wahlergebnisse ohne Schönrechnerei, ohne Beleidigungen und Herabwürdigungen von Genossen, die andere Auffassungen als sie selbst vertreten. Anliegen der Wahlauswertung muss sein, Reserven für eine Verbesserung der Parteilinie aufzudecken und Wähler für kommende Wahlen wiederzugewinnen und neu zu gewinnen. Auswertungen, die zu dem Schluss kommen, die Strategie des vergangenen Wahlkampfes sei alternativlos gewesen, da sie sich aus der objektiven Situation ergeben hätte, verhindern die Aufdeckung von Reserven, denn die objektive Situation wird sich kaum deutlich verändern.

Wir halten es für wichtig, dass Parteimitglieder oder Parteigruppen bei ihrer Wahleinschätzung auch Wege nennen, auf denen ihrer Meinung nach angesprochene Probleme besser gelöst werden könnten. Diesen Genossen sollte nicht unterstellt werden, dass sie damit Schlussfolgerungen aus einer Gesamtauswertung der Wahlen vorwegnehmen wollen. Genauso wie Wahleinschätzungen sollten Schlussfolgerungen daraus Gegenstand weiterer Debatten sein.

Wenn für Rot-Rot-Grün langandauernd lediglich etwa 40 % vorausgesagt und in den Medien vermittelt werden, ist eine Werbung für Regierungsbeteiligung falsch: Wir verlieren potentielle Wähler, die uns unter diesen Bedingungen als Opposition wünschen, genauso wie solche, die Realitätserkenntnis als Voraussetzung für wirksame Politik werten.

Die Abwendung von der Schicht der sozial Benachteiligten, von prekär Beschäftigten und gesellschaftlich Ausgegrenzten als Hauptsprechpartner halten wir für einen Fehler. Selbstverständlich muss es auch unsere Aufgabe sein, Wähler aus der Mittelschicht zu gewinnen, wir sollten aber die Grundorientierung unseres Parteiprogramms

beherzigen: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben können.“ Fast eine Million Kinder wachsen in Armut auf, Tausende von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern müssen unter dem Existenzminimum leben.

33 bis 40 Prozent unserer Bürger bekundeten vor der Wahl, mit der Landesregierung wenig oder gar nicht zufrieden zu sein. Sie vor allem müssen wir ansprechen und gewinnen! Für sie vor allem müssen wir politisch aktiv sein, sie müssen wir als Wähler zurückgewinnen, insbesondere indem wir für sie wieder stärker Kümmererpartei werden! Durch die Orientierung vor allem auf die Zufriedenen wurde unsere Partei von vielen nicht mehr als politische Alternative und Kämpferin für soziale Gerechtigkeit angesehen.

90 Prozent unserer Wähler geben an, uns gewählt zu haben, weil wir die richtigen Probleme ansprechen, auch wenn wir sie nicht lösen können. Über diese Begründung sollten wir nachdenken: Sichert uns dieses Motiv nachhaltig ein Wählerpotential wenigstens in gleichem Umfang wie heute? Genügt dieser Grund künftig Bürgern, die heute zu den Jüngeren gehören? Viele Nichtwähler, die sich im Wesentlichen als links orientiert sehen, geben an, dass sie nicht zur Wahl gegangen sind, weil sie uns nicht zutrauen, zur Lösung der Probleme beizutragen, die wir nennen.

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz gehört zu den entscheidenden Einflussfaktoren für Wahlentscheidungen. Deshalb brauchen wir eine Debatte darüber, warum uns Bürger in so geringem Maße Kompetenzen auf den verschiedenen gesellschaftlichen Aufgabengebieten zuschreiben:

- Wirtschaft in Sachsen voranbringen:  
LINKE: 3 % CDU: 64 %
- Kriminalität bekämpfen:  
LINKE: 7 % CDU: 43 %
- für soziale Gerechtigkeit sorgen:  
LINKE: 22 % CDU: 26 %, SPD 28 %
- gute Bildungspolitik betreiben:  
LINKE: 15 % CDU: 30 %, SPD 24 %

Diese Zahlen können auch erklären, warum viele Bürger keinen Wechsel wollen, obwohl sie mit der Politik der Landesregierung nicht zufrieden sind!

Wir brauchen andere, umfassendere Antworten zu Fragen der Flüchtlingspolitik, und zwar als Teil der Problematik der Wirtschaftspolitik gegenüber der dritten Welt. Vor allem müssen die Fluchtursachen bekämpft werden! Hier sind Diskussion, Differenzierung, Aufklärung und eine geänderte Politik nötig! In persönlichen Gesprächen haben uns viele Bürger gesagt, dass sie uns ihre Zweitstimme nicht geben, weil sie mit unserer Flüchtlingspolitik nicht einverstanden sind.

*D. Wolff / P. Giersich - Auerbach*

### DANK AN KARIN HÖFER

Nach Jahren aktiver Arbeit für die Ziele der Partei in den Kommunalparlamenten, tritt Karin nun ihren verdienten Ruhestand an. Im Interesse der Wählerinnen und Wähler der Linken und im Auftrag des Kreisvorstandes und der Fraktion hat sie manchen Kampf im Kreistag und mit dem Landrat ausgefochten. Ziel und Ansporn war für sie stets, der Partei und den Anliegen der Schwächsten eine Stimme zu verleihen.

Die alte und die neue Fraktion im Kreistag dankt Karin für die engagierte Arbeit als Fraktionsvorsitzende in der letzten Wahlperiode und die aktive Arbeit in den Jahren zuvor.

Karin, wir danken dir alle.

*Fraktion DIE LINKE im Kreistag Vogtland*

## SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Fallen sie uns nunmehr auf die Füße?

„Die Geister, die ich rief, werd' ich nun nicht mehr los“

Ja, wie auch? Hattet Ihr, liebe deutsche Wirtschaft, die sächsische insbesondere, diese Halloweens von US - Präsident und seiner EU - Vasallen nicht gerufen, die den bösen Russen und dem noch böseren Putin das Fürchten beibringen sollten. Als Sanktionen getarnt, wurden sie mit viel populistischem Geschrei in die Spur geschickt. Vergeblich: Zeigt einfach keine Furcht, dieser furchtbare Despot. Betroffen von dieser sinnlosen und unberechtigten Strafaktion einzig die ohnehin armen Schichten der Bevölkerung, aber was kümmert da schon fremdes Elend.

Allerdings was passiert: „Nun gerade nicht“, so die Reaktion. Im Gegenteil: Es war kontraproduktiv. Und nun ist der Aufschrei entsprechend groß, zumal in der deutschen Wirtschaft, besonders Sachsens: War doch zum

Beispiel im Maschinenbau allein ein Rückgang von einem Drittel nach Russland zu verzeichnen. Dort hat man längst neue Partner gefunden, so China und Co. Inzwischen wirken auch die „Gegensanktionen“, dabei habe ich das Problem Erdgas und Erdöl ... , obgleich: Der nächste Winter kommt bestimmt und da könnte es hart werden. Kalt zumal. Aber wer den Wind sät ...

Was aber eigentlich hatte man erwartet? Unterwürfigkeit gegenüber der Arroganz jener selbsternannter Macht? Hatten sich doch diese Russen stets ihren nationalen Stolz bewahrt, weder einem Napoleon, noch deutscher Großmannssucht unterworfen. Im Gegenteil! Und was die Ursache der Ukraine - Krise betrifft: War es doch der Maidan - Klüngel, der den gewählten Präsidenten stürzte, weil er sich der EU nicht anschließen wollte. Mit den inzwischen mächtigen Svoboda - Faschisten, die eben erst mit Nazi und

SS-Symbolen den Exfaschisten Banderas feierten, der mit den deutschen Faschisten gegen die Rote Armee kämpfte, feierten. Mit der wegen Betrugs inhaftierten Timoschenko. Sie erinnern sich: gehätschelte Busenfreundin unserer Kanzlerin, die dem Putin persönlich mit der Kalaschnikow das Gehirn wegpusten wollte.

War es doch immerhin Putin, der sich um eine friedliche Lösung des Problems bemüht hatte. Aber, wo aus bekanntem Grund kein Wille des Westens - den Weg gäbe es durchaus. Der Bereitschaft allerdings bedarf es. Nunmehr natürlich treffen diese sinnlosen Sanktionen die eigene Bevölkerung, was zu erwarten war. Na dann, liebe deutsche, besonders sächsische Wirtschaft: dann seht mal zu, wie Ihr die Geister wieder los werdet. Viel Erfolg - nein: besser Vernunft!

*wünscht*

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## HAUPTSACH', DR RUBL ROLLT

Ne Freitoch frieh hott de Meta iehr Plauische Freindin, de Neideiteln aagerufn un gefroocht: „Mar heehrt ja goar nix mehr von dir, woas issn los?“

„Iech hatt itze ball e Woch lang e alte Freindin, die schaa seit e paar Goear in Jessnitz im ehemalichn FDGB Ferienhaus, dess itze als Betreutes Wohnen eigerischt is, als Loschiegast bei mir, weil sess dortn vor Kält nimmer ausgehalt'n hott.“

„Gibbs denn so woas, dess mar de altn Leit in dar Kält hock'n lässt?“ , froocht de Meta.

„Ja, dess is traurisch aber woahr“, soocht de Neideiteln, „un dodarfier missn de altn Weible aa noch en Haufn Geld bezoochn. Weil siech dar neie Besitzer, e Ösi- Spekulant, der siech des scheene Ferienhaus nach dr Wende fier billisches Geld untern Nagel gerissn hott, un siech miet denn eigemietetn Pflashedienst ums Geld streitn tut un kaa Gasrechnung mehr bezohlt hott. Do is vom Energiekonzern „Eins“ ohne Ricksicht auf de alten Leit es Gas abgedreht worn.“

Dess die armn Mütterle gefrom hamm wie de Schlosshund, intressiert die

Scheißkapialistn, die ner iehr Rendite im Nischl hamm, ieberhabbt net. Es schaa beschämend, wenn denn alten Leiten, die nooch Neizehnhundertfünfundierzisch, unner Land widder aufgebaut hamm, itze net e moll mehr e warme Stub vergönnt is.“

„Ja Neideiteln“, soocht de Meta, „hätt'n die vor 25 Goahrn dess alles gewusst, woas auf sie zukimmt, wern die bestimmt net jee Wooch in Plaue de Bahnhofstroß miet nuntergelatscht!“

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## UNBESTRITTEN? EBEN NICHT!

In einem Leserbrief an das „Neue Deutschland“ (nd 2.10.2014) zu „Gysi: DDR war kein Unrechtsstaat“ entgegnete Herr Gottfried Scherer aus Brno unter anderem: „Dass in der DDR versucht wurde, sozialistische Verhältnisse zu schaffen, ist ja unbestritten und war richtig...“ Unbestritten?

Hier erinnere ich mich an einen im Bonner Bundestag umstrittenen Thüringer namens Gerhard Riege, der sich

deswegen das Leben nahm. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen und zum Leben. Sie ist mir mit der neuen Freiheit genommen worden, ich habe Angst vor der Öffentlichkeit, wie sie von den Medien geschaffen wird und gegen die ich mich nicht wehren kann. Ich habe Angst vor dem Hass, der mir im Bundestag entgegenschlägt, aus Münden und Augen und Haltung von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen,

wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Recken zu reinigen.“

Sollten Riege und Freunde in Thüringen jetzt schon vergessen sein?

*Paul Jattke - Chemnitz*

## HARTZ IV-EMPFÄNGER OHNE ANRECHT AUF MINDESTLOHN

Die Besucher der Aprilveranstaltung des Sozialforums Göltzschtal und die Mitglieder der Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV hatten gegen die geplante Ausschließung der Hartz IV-Empfänger vom Mindestlohn protestiert und von Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles die Streichung dieses Passus gefordert. Im Juli erhielten wir Antwort vom Bundesministerium: Nachdem er auf reichlich drei Seiten die Vorzüge des Mindestlohns gepriesen hatte, schrieb der verantwortliche Referatsleiter zu unserer Forderung:

„Die ... vereinbarte Regelung soll insbesondere in der Einführungsphase des Mindestlohns einen Beitrag zur nachhaltigen Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt leisten. Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren sehr genau beobachten, ob die Regelung diesem Anspruch gerecht werden kann.“

Das Sozialforum Göltzschtal antwortete in seiner Augustversammlung, dass es dieser Argumentation nicht folgen kann: „Wieso kann angenommen werden, dass Langzeitarbeitslose mit dieser Regelung nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden? Das Gegenteil ist unserer Meinung nach anzunehmen: Nachdem Hartz IV-Empfänger ein halbes Jahr zu Dumpinglöhnen gearbeitet haben, werden sie entlassen und andere Arbeitslose werden eingestellt. Dieses Vorgehen entspräche dem Wirtschaftlichkeitsgrundsatz, dem zu folgen den Betriebsleitern nicht einmal verübelt werden könnte.“

Noch krasser formulierte die Regionalgruppe der LAG Hartz IV: „Wir verstehen Sie so, dass Langzeitarbeitslose besser integriert werden können, indem es für die Arbeitgeber sehr rentabel wirkt, ihre Arbeitskräfte alle sechs Monate gegen andere Arbeitslose aus-

zutauschen. Aus dem Kreislauf zwischen Dumpinglohn und Arbeitslosigkeit auszubrechen wird somit unmöglich gemacht.“

Das Sozialforum Göltzschtal hat in der Antwort außerdem gefordert, die versprochene genaue Beobachtung, ob Langzeitarbeitslose durch den Ausschluss vom Mindestlohn nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden, transparent zu gestalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Von der Forderung, den diskriminierenden Ausschluss der Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn zurückzunehmen und den Mindestlohn auf 10 EURO zu erhöhen, rücken das Sozialforum Göltzschtal und die Regionalgruppe Hartz IV nicht ab.

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.*



© Kurt F. Dommik / pixelio.de

## MIT ÜBERFLÜSSIGEN KOHLEKRAFTWERKEN VERGLICHEN!

Im Juni dieses Jahres erläuterte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in eine Rede auf einem Kongress der Energiekonzerne seine Vorstellungen vom künftigen Energiemarkt: Da mehrere Energiekonzerne drohen, ihre Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, weil ihnen durch das Angebot erneuerbarer Energien nicht mehr genügend profitable Strommengen abgenommen werden, soll künftig bereits die Bereitstellung von Strommengen vergütet werden, die dann in Spitzenzeiten zur Verfügung stehen. Das nennt man einen Kapazitätsmarkt. Das heißt: Auch Strom, der nicht verbraucht wird, wird bezahlt, das betreffende Kraftwerk wird also subventioniert.

Diese Gunst wird aber nicht allen Kohlekraftwerken gewährt, und das verdeutlichte Sigmar Gabriel so: „Was der

Kapazitätsmarkt nicht werden kann, ist so etwas wie Hartz IV für Kraftwerke: 'Nicht arbeiten, aber Geld verdienen'.“ Das Publikum reagierte mit Gelächter.

Die Besucher des letzten Sozialforums Göltzschtal waren natürlich entsetzt über diese Herabwürdigung der Langzeitarbeitslosen. Wir beschlossen einen Protestbrief an den Bundeswirtschaftsminister, in dem es unter anderem heißt:

„Diese Formulierung empfinden wir als grobe Beleidigung und Diffamierung von Millionen von Menschen, die Arbeit suchen, an Maßnahmen der Jobcenter teilnehmen, sich monatlich mehrfach auf eine Arbeitsstelle bewerben, die als Alleinerziehende mit kleinen Kindern keine Arbeit erhalten

oder einer Arbeit zum Teil in Vollzeit nachgehen, aber so wenig verdienen, dass sie aufstocken müssen.“

Uns überrascht diese Beleidigung aus ihrem Munde, da Sie sich 2012 öffentlich für Fehler bei Hartz IV-Reformen entschuldigt haben, die Ihr Vorgänger Gerhard Schröder auf den Weg gebracht hat. Sie erklärten damals, dass die Ausweitung des Niedriglohnssektors durch Hartz IV falsch war. Wir wünschen und erwarten, dass Sie sich von dem diskriminierenden Vergleich distanzieren!“

Noch weiter gingen die Mitglieder der Regionalgruppe Vogtland der LAG Hartz IV, die außerdem eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel verlangten.

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.*

## NEUWAHLEN BEI DER VVN-BDA HOF-WUNSIEDEL

### Antifaschismus und Einsatz gegen Militarisierung bleiben hochaktuell

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat sich in den letzten Jahren auch in der Hofer Region zunehmend bekannt gemacht. Das konnte die amtierende und wieder gewählte Vorsitzende, Nanne Wienands aus Schwarzenbach/Saale, auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung in Hof feststellen.

Sie ließ die Aktivitäten des letzten Jahres kurz Revue passieren. Dass nun eine Dr.-Bonhoeffer-Straße zur Hochschule hinaufführt und sich viele, auch neue Hofer Akteure in die Auseinandersetzung mit der Nazi-Diktatur eingebracht haben - daran habe auch die VVN-BdA Anteil.

Neben der Beteiligung im Hofer Bündnis „Hof ist bunt und nicht braun“ und in der Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt“ hat die Vereinigung vielfältige Aktivitäten vorzuweisen, wie auch eine Fahrt nach Erfurt zur Gedenkstätte „Fa. Topf & Söhne“, die Öffentlichkeitsarbeit mit dem „Blauen Flyer“ („Hofer Widerstand endlich ehren“) oder auch die Teilnahme am Gedenken an die Opfer des Todesmarschs in Helmbrechts, sowie am 8. Mai auf dem Hofer Friedhof an den Gräbern der Hofer Widerstandskämpfer

Und selbstverständlich waren auch VVN-Mitglieder zur Stelle, als es in

Regnitzlosau darum ging, den neuen Nazis vereint die rote Karte zu zeigen. Das kurz darauf vollzogene Verbot des neofaschistischen FNS wertete Wienands zwar als Erfolg, es sei jedoch reichlich spät gekommen und keineswegs ausreichend.

Bei den Vorstandswahlen gab es keine Überraschungen. Nanne Wienands und der Hofer Stadtrat Thomas Etzel stehen wiederum an der Spitze der Kreisvereinigung. Regina Scholz aus Oberkotzau bleibt Kassiererin, die Hoferin Eva Petermann Beisitzerin und Reinhard Möller aus Tröstau ist erneut Kassenprüfer.

Seit langem pflegt die VVN Hof-Wunsiedel gute Kontakte zum sächsischen Vogtland. Der dortige stellvertretende Vorsitzende Peter Giersich war diesmal bei der Hofer Jahreshauptversammlung zu Gast und gab einen kleinen Einblick in die Probleme und Aktionen der VVN-BdA im benachbarten Bundesland. Er stellte Besuche an Gedenkstätten vor, einen antifaschistischen Mahngang durch Plauen und eine recht erfolgreiche Unterschriftensammlung gegen Bundeswehr-Werbung an Schulen und Hochschulen beim „Tag der Sachsen“ in Großenhain.

In der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion gab es eine Reihe nachdenkenswerter Vorschläge. So regten

einige junge Mitglieder der VVN-BdA an, auch einmal bei alternativen Musikveranstaltungen über die Arbeit der VVN-BdA zu informieren. Begrüßt wurde die Idee, anlässlich des Internationalen Frauentages in der Stadtbücherei Hof die Historikerin und Autorin Martha Schad am 9. März 2015 zum Thema „Frauen im Widerstand“ einzuladen.

Nicht zuletzt ging es um die Situation der Flüchtlinge in Bayern und in Hof. Vorstandsmitglied Eva Petermann erinnerte daran, dass heute wie damals wie schon 1914, zu Beginn des Ersten Weltkriegs, „Kriege nicht vom Himmel fallen, sondern von langer Hand vorbereitet werden. Rüstungskonzerne profitieren davon“. Darüber aufzuklären und die Friedensbewegung zu unterstützen, gehöre gerade jetzt auch zu den Aufgaben der VVN.

„Vergessen wir nie den historischen Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik in der Zeit des NS-Regimes“, betonte die Vorsitzende Nanne Wienands. „Damals mussten Hunderttausende vor dem Nazi-Terror aus Deutschland fliehen und waren verzweifelt auf Asyl und Hilfsbereitschaft anderer Länder angewiesen.“

*Nanne Wienands  
Schwarzenbach/Saale*

## SÄCHSISCHE JUSTIZPOSSE GEGEN ANTIFASCHISTEN

### Oder: Wie kommen demokratische Grundrechte abhandeln

Am 16. Oktober begann der Prozess gegen Markus Tervooren, Geschäftsführer der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Mit Megafon und Fahne soll er sich des mehrfachen schweren Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Als angeblicher "Rädelsführer" der Blockade-Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 musste er sich vor dem Dresdener Amtsgericht verantworten.

Bereits nach zwei Stunden wurde das Verfahren ohne Schuldeingeständnis nach § 153 a StGB und 500 Euro Geldstrafe eingestellt. Lothar König, der sich im November erneut vor dem

Amtsgericht Dresden für abstruse Vorwürfe der Dresdner Staatsanwaltschaft verantworten muss, erklärte nach dem Prozess: „Das ist quasi ein Freispruch. Das muss so festgehalten werden.“ Silvio Lang, Sprecher des Bündnis Dresden Nazifrei ergänzte: „Ein weiteres Kapitel der Justizposse sächsischer Verhältnisse findet seinen Abschluss. Zuerst werden schwere Vorwürfe gegen Antifaschisten konstruiert, anschließend werden die Verhandlungen wegen haltlosen Vorwürfen ohne Schuldeingeständnis eingestellt.“

Am Vorabend der Verhandlung demonstrierten in Dresden etwa 300 Menschen ihre Solidarität mit dem Angeklagten und forderten die sofortige

Einstellung der Verfahren. Lutz Richter - Pirna, Landtagsabgeordneter der LINKEN, erklärte im Vorfeld der Demonstration: „Markus Tervooren hat gemeinsam mit vielen anderen Menschen sein Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrgenommen. Es ist der Erfolg des antifaschistischen Bündnisses und vieler Engagierter, dass Europas größter Naziaufmarsch in Dresden Geschichte ist. Die permanent stattfindende Kriminalisierung derer, die sich für Menschenwürde, für Demokratie und gegen Neonazismus einsetzen, ist ein falsches Signal.“

*Jens Thöricht - Zittau,  
Sprecher der LAG Antifaschismus*

## WIE GEHT ES IN SACHSEN MIT DER KULTUR WEITER?

Im Artikel 1 der Sächsischen Verfassung steht: "Sachsen ist ... ein der Kultur verpflichteter Rechtsstaat". Folgt man den Berichterstattungen über die Koalitionsverhandlungen von Schwarz-Rot in Sachsen, scheint für die Verhandlungspartner die Kultur und deren Entwicklung in Sachsen keine große Rolle zu spielen.

Kultur darf jedoch kein Anhängsel sein. Sie muss einen zentralen Punkt in der Politik in Sachsen einnehmen. Rühmen wir uns immer unserer Wertschätzung für unsere zahlreichen Kulturgüter und -stätten, der Dichte der Kulturlandschaft, unseres in Deutschland einmaligen Kulturraumgesetzes, so muss man diese Wertschätzung auch ernst meinen. Es genügt eben nicht, alles so weiterlaufen zu lassen wie bisher. Seit 2005 wurden die Mittel für die Kulturräume nicht erhöht.

Schon jetzt sind die Theater und Opernhäuser chronisch unterfinanziert, arbeiten die Beschäftigten zum großen Teil in Haustarifverträgen (weniger Lohn, mehr Freizeit). Um ihre Spielstätten zu erhalten, üben Ensemble und Mitarbeiter Lohnverzicht, nicht zu sprechen von den prekären Arbeitsverhältnissen der freien Träger.

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Kultur ist Spiegel. Sie schafft Identität, ermöglicht neue Gedanken, Visionen, Positionen, stößt neue Prozesse an. Und gerade in der heutigen Zeit ist die Aussage vom Psychoanalytiker Sigmund Freud „Alles, was die Kulturentwicklung fördert, arbeitet auch gegen den Krieg“ aktueller denn je.

*D. Hiesl - Rodenbach*

## „FLINTEN-USCHI“ - REDET BLECH

Von der Leyen: Ministerin im „Rüstungssumpf“ (unter diesem Begriff immerhin hatte sie bereits im Februar ihre Bundeswehr - Reform eingeleitet)

Aber ob Kundus: Regen und Sturm, 8°C, Nahost oder Afrika bei Sandsturm und Hitze, London bei Nebel, Südostasien gar bei Teifun: Die Frisur passt, die Schminke hält, das Lächeln stimmt. Eines muss man ihr lassen, unserer Ministerin für kriegerische Aktivitäten: Ihre Reiselust ist so dominant wie ihre Selbstdarstellung.

Nun aber kommt sie solcherart selbst in die „Bredouille“: Flieger, die nicht fliegen. Panzer, die nicht rollen, Flinten, die nicht schießen und Soldaten am Ende gar, die nicht sterben wollen. So ist natürlich am Ende kein Krieg zu gewinnen! Man stelle sich, um Himmelswillen vor: Es ist Krieg und Deutschland nicht dabei! Mangels Material - das wär's doch. Obgleich: Haben wir den Plan „kriegerische Aktivitäten“ nicht längst übererfüllt? Leider nur ein Traum, denn nun ist die Katze aus dem „Leyen - Sack“, der „Tiger aus dem Tank“.

Hatte doch unsere „Mutter Courage der Kompanie“ anderes im Sinn: Mehr Geld für die Bundeswehr soll her, hätte man doch schließlich Bündnisverpflichtungen in Sachen Nato und so. Sollte doch auch eine frühzeitige Beteiligung an Militäreinsätzen den deutschen Einfluss stärken. Klagt dann gar noch die deutsche Rüstungsindustrie über Umsatzeinbußen.

Auch das noch. Den erwähnten Einfluss indes, den wünschte ich mir eher auf ziviler, humanitärer Ebene. Und so mein Vorschlag: Verschrottet die Restbestände auch noch, wir brauchen sie nicht! Wenn wir uns friedlich verhalten, haben wir auch von anderen nichts Böses zu befürchten. Und vielleicht gibt's ja auch noch ein paar Euro dafür, die könnten wir für Schulen und Kitas gut gebrauchen. Und an Stelle von Bomben, Drohnen und sonstigen Tötungsmaschinen lassen wir fröhlich Drachen steigen, oder auch Friedenstauben als Symbole in eine dann endlich friedlichen Welt. Schwerter zu Pflugschare, oder? Stell dir vor, es ist - nein besser noch: es gibt erst gar keinen Krieg mehr.

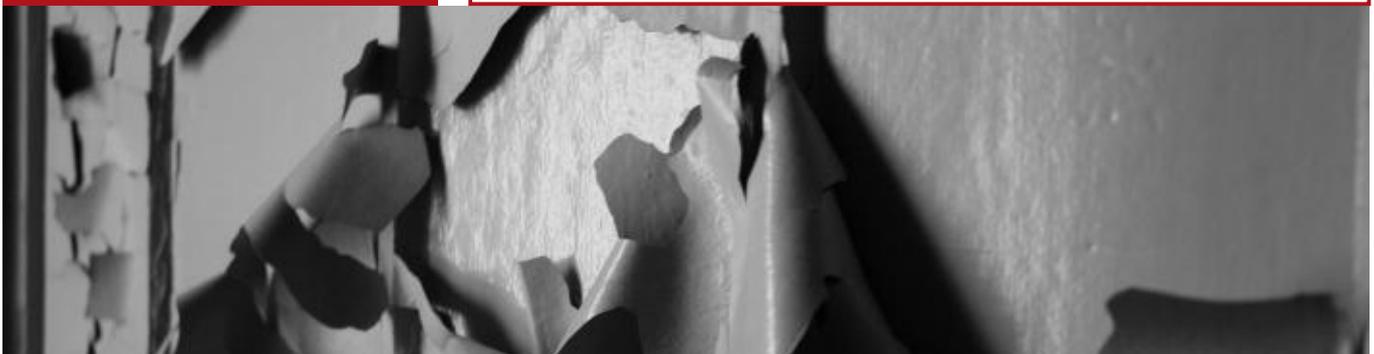
*Jürgen Böhm - Schöneck*

## SIE WAR DIE EINZIGE, DIE HALF

Vor über zwei Jahren bildete sich in Altensalz eine Bürgerinitiative gegen unerfüllbare Auflagen des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland. Der Protest hatte Erfolg. Die Einzige, die uns von Anfang an bis vor kurzem politisch und fachlich unterstützte, war unsere vogtländische Landtagsabgeordnete Andrea Roth. Dem Lob für ihren zwei Jahrzehnte langen unermüdlischen und selbstlosen Einsatz möchte ich folgendes hinzufügen: Wenn alle gewählten Volksvertreter, vom Gemeinderat bis zum Bundestagsabgeordneten, nur halb so viel geleistet hätten, dann ginge es in unserer Gesellschaft besser, gerechter und friedlicher zu.

In diesem Sinne, liebe Andrea, nochmal ein herzliches Danke sowie die besten Wünsche für Deine künftige Tätigkeit.

*Horst Blechschmidt - Altensalz*



## NORBERT MAROHN: MAX HOELZ IN SEINER ZEIT SEHEN UND BEGREIFEN

Für den 14. Oktober lud der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ zu einer Buchlesung ins Falkensteiner Rathaus ein. Vorge stellt wurde eine neue Biografie über den vogtländischen Rebell und Revolutionär Max Hoelz, erarbeitet von dem Leipziger Autor Norbert Marohn. Das Datum war nicht zufällig, sondern ausgewählt: Vor 125 Jahren wurde Max Hoelz in Moritz bei Riesa geboren.

„Am Anfang der 1920er Jahre ist er es, dessen Name in Deutschland für Revolution steht: Max Hoelz. Landarbeiterkind, Kinoerklärer, kriegselend, lernbegierig: Sein Lebenstraum reicht nicht vom Tellerwäscher zum Millionär - er bekämpft Millionäre.

Sein Gerechtigkeitsinn bleibt nicht beim Mitleid stehen: Er schafft im Vogtland ein „Gerechtigkeitsregime“, er treibt den mitteldeutschen Aufstand voran, er wird von Berlin bis Moskau bekannt - von seinen Zeitgenossen geliebt, verehrt oder schroff verdammt.

Was tut ein Unruhestifter, der die bestehende Gesellschaft für verfehlt hält? Er sucht Verbündete. Bald entscheidet sich Hoelz für die Kommunistische Partei. Doch ist in der KPD selbst klar, welche Linie sie vorgibt, von wem sie dirigiert wird?“, fragt Marohn im Klappentext.

Der Besuch war enorm. Der Raum des Freizeitentrums platzte aus allen Nähten. Aufmerksam und gespannt lauschten die zahlreichen Besucher der Lesung des Autors. Und dann viele, viele Fragen. Angefangen bei der Wahl des Titels, über die Zweckmäßigkeit der Taktik des Hoelz im Kapp-Putsch und beim mitteldeutschen Aufstand bis hin zur Bedeutung dieses Lebens für die Gegenwart.

### INTERESSANT?!

*"Die Zahl der Millionäre in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren von 800.000 auf über eine Million gestiegen"*

*aus einer Rede von Roland Claus, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*



Spendenmarke der Roten Hilfe Deutschlands aus den 20er Jahren

Norbert Marohn, der drei Jahre für dieses Buch gearbeitet und geforscht hat, konnte mit vielen neuen Details aufwarten, welche auch Kenner der Materie verblüfften. Das Fazit: Er ist kein Vorbild, dem man blind nachzueifern sollte, aber er ist ein Vorbild dafür, dass man sich in der Gesellschaft einmischen soll - mit Phantasie, mit Witz, mit dem Mut zu persönlicher Verantwortung.

Max Hoelz, vor 125 Jahren geboren, im sowjetischen Exil angeblich bei einem „Bootsunfall“ gestorben, in Deutschland vergessen gemacht - die Biografie eines Revolutionärs, der nur eine Richtung kennt: Vorwärts!

*Peter Giersich - Auerbach/V.*

*Norbert Marohn: HOELZ. Biografie einer Zukunft; Lychatz Verlag Leipzig; ISBN 978-3-942929-86-82305*

### WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, welche im November Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an folgende Jubilare mit einem „Runden“ oder über 80:

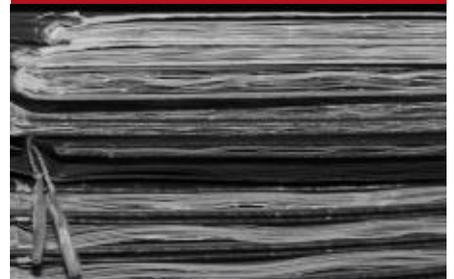
Werner Steudel	Treuen	01.
Sonnja Scheller	Oberheinsdorf	07.
J. Engelmann	Reichenbach	13.
Gertraude Wolf	Plauen	14.
Erhard Peipp	Pausa	16.
Rudolf Schmidt	Plauen	16.
Horst Fischer	Oelsnitz/V.	18.
Helga Kunzmann	Oelsnitz/V.	19.
L. Wöllner	Reichenbach	19.
Dorothea Wolff	Auerbach	24.
Elvira Frickel	Auerbach	27.

Wir wünschen allen eine schöne Feier und viel Gesundheit.

### Der Vogtlandbote

In der Kreisgeschäftsstelle gibt es derzeit eine Menge Bücher die gegen Spende abgegeben sind.

Einfach mal stöbern!



#### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.10.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.11.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 01.12.2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.